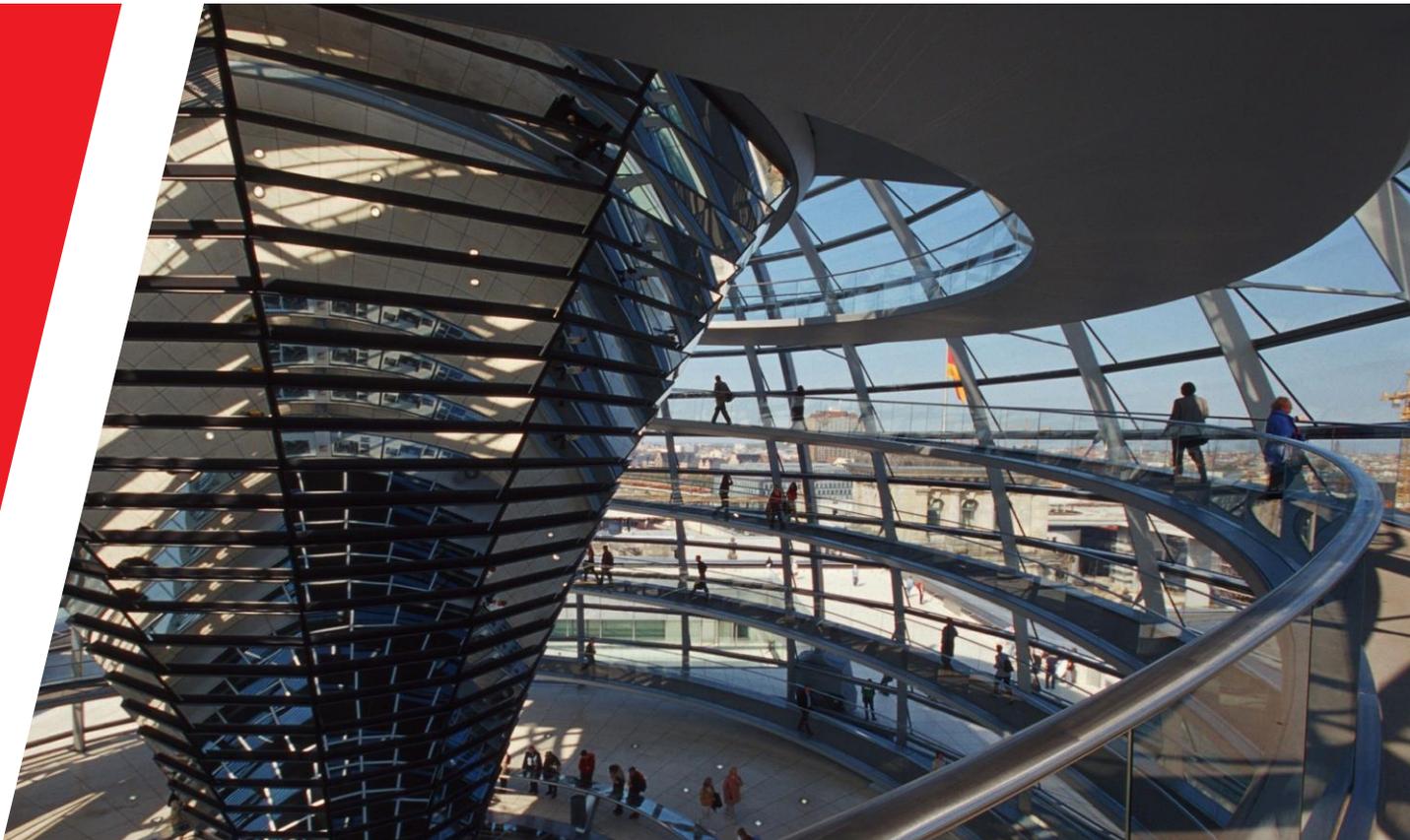


// HOCHSCHULE UND FORSCHUNG //



Gutes Studium, gute Forschung, gute Arbeit

Wissenschaftspolitische Prüfsteine der Bildungsgewerkschaft GEW zur Bundestagswahl 2021

#DAUERSTELLEN
für
Daueraufgaben

Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand
Verantwortlich: Dr. Andreas Keller (V. i. S. d. P.)
Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon: 069/78973-0
Fax: 069/78973-202
E-Mail: info@gew.de
www.gew.de

Gestaltung: Andrea Vath
Foto: picture alliance

Bestellungen richten Sie bitte an: broschueren@gew.de
Fax: 069/78973-70161

Mai 2021

Lehre und Studium krisenfest machen

Auch im Jahr zwei der Pandemie ist ein Ende der der Coronakrise nicht in Sicht, ganz zu schweigen von deren Nachwirkungen, die uns weit über die Bundestagswahl hinaus belasten werden. Wie ein Brennglas hat die Krise Strukturdefizite unseres Bildungs- und Wissenschaftssystems noch deutlicher sichtbar gemacht. Es kommt jetzt darauf an Lehre und Studium krisenfest zu machen! Die GEW fordert von Bundestag und Bundesregierung:

- Entbürokratisierung und Transparenz, bedarfsgerechte Aufstockung und Verlängerung der **Überbrückungshilfe** für Studierende,
- Verlängerung von **BAföG, Stipendien und Zeitverträgen** um die Zeit der pandemiebedingten Beeinträchtigung im Sinne eines kollektiven Nachteilsausgleich,
- Ausbau der Förderung der **internationalen Mobilität** und des Auslandsaustauschs von Studierenden und Hochschulbeschäftigten nach Überwindung der Krise,
- Abschluss eines **Hochschuldigitalpakts**, der den Ausbau, die Verbesserung und kontinuierliche Pflege der digitalen Infrastruktur an den Hochschulen fördert – dazu gehören auch Lehr- und Lernplattformen, -programme und -materialien, insbesondere auf Basis freier Software und Open Educational Resources, Fort- und Weiterbildung sowie Beratung und Unterstützung von Lehrenden und Studierenden,
- Vereinbarung eines **Hochschulsozialpakts**, mit dem Bund und Länder für bezahlbaren Wohnraum für Studierende und eine leistungsfähige soziale Infrastruktur auf den Campussen sorgen.

Ausbildungsförderung strukturell erneuern

50 Jahren nach seinem Inkrafttreten 1971 erfüllt das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) seinen Zweck nicht mehr. Wurden vor 50 Jahren noch 45 Prozent der Studierenden gefördert, sind es heute gerade noch elf Prozent. Wurde ursprünglich ein Vollzuschuss gewährt, muss heute die Hälfte der Förderung nach dem Studium zurückbezahlt werden. Es ist höchste Zeit für eine umfassende Erneuerung und Reform der Ausbildungsförderung! Die GEW fordert von Bundestag und Bundesregierung:

- deutliche Erhöhung der **BAföG-Fördersätze und Freibeträge** und deren regelmäßige, automatische Anpassung an Preissteigerungen und Einkommensentwicklung,
- Umstellung auch des Studierenden-BAföG auf einen **Vollzuschuss**, der nicht zurückgezahlt werden muss,
- Verlängerung der **Förderdauer** um zwei Semester je gestuftem Studiengang, bei einstufigen Studiengängen Anpassung an durchschnittliche Studiendauer, und Abschaffung aller Altersgrenzen,
- **Vereinfachung und Digitalisierung** der Antragstellung,
- Wiedereinführung der Regelförderung von **Schülerinnen- und Schülern** an weiterführenden Schulen ab Klasse 10, auch an allgemeinbildenden und Fachoberschulen,
- Einführung eines **elternunabhängigen Studienhonorars**, in einem ersten Schritt als erstem Sockel der Ausbildungsförderung,
- **Abschaffung des Deutschlandstipendiums** und Überführung seiner Mittel in den BAföG-Haushalt,
- bundesgesetzliches **Verbot von Studiengebühren** ohne Wenn und Aber, auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger.

Dauerstellen für Daueraufgaben schaffen

Immer mehr Zeitverträge mit immer kürzeren Laufzeiten, lange und steinige Karrierewege: Das Hire-and-Fire-Prinzip an Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist nicht nur unfair gegenüber den hoch qualifizierten und engagierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, es unterminiert auch die Qualität von Forschung und Lehre sowie die Attraktivität des Arbeitsplatzes Hochschule und Forschung. Die Zeit ist reif für mehr Dauerstellen für Daueraufgaben in Lehre, Forschung und Wissenschaftsmanagement! Die GEW fordert von Bundestag und Bundesregierung:

- radikale **Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG)**, die Befristungen nur bei echter wissenschaftlicher Qualifizierung wie der Promotion oder Drittmittelfinanzierung und in der Postdocphase nur mit Tenure Track erlaubt, verbindliche Mindestlaufzeiten vorgibt, die familien- und behindertenpolitische Komponente verbindlich ausgestaltet und die Tarifsperre ersatzlos streicht,
- Streichung der **sachgrundlosen Befristung** aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG),
- Finanzierung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Drittmittelgebern unter der Auflage, dass die **Prinzipien guter Arbeit** wie der verantwortungsbewusste Umgang mit Befristung eingehalten und eine aktive **Personalentwicklung** sowie **Gleichstellungs- und Diversitätspolitik** betrieben werden, **Tariffindung** für alle Beschäftigten besteht und aus Drittmitteln und Projektgeldern auch **Dauerstellen** finanziert werden.

Bildung und Wissenschaft nachhaltig finanzieren

Die Finanzierung der Hochschulen hält nicht Schritt mit dem Anstieg der Studierendenzahlen und den steigenden Anforderungen an Forschung, Lehre und Studium in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Während die Grundfinanzierung stagniert oder sogar gekürzt wird, geizen Bund und Länder nicht mit Milliarden für befristete Programme und Wettbewerbe. Ein Kurswechsel in der Wissenschaftsfinanzierung ist überfällig – hin zu einer nachhaltigen, verlässlichen, dynamischen und deutlich stärkeren Grundfinanzierung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen! Die GEW fordert von Bundestag und Bundesregierung:

- Umsteuern in der **Haushalts- und Finanzpolitik**, damit Bund und Länder deutlich mehr Geld für Bildung und Wissenschaft ausgeben,
- Aufstockung, Verstetigung und Dynamisierung des **Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken** und 100-prozentige Verwendung der Mittel für Dauerstellen,
- **Gleichwertigkeit** von Forschung und Lehre sowie Universitäten, Fachhochschulen und Dualen Hochschulen in der Hochschulfinanzierung,
- Pflicht zur Veröffentlichung der Ergebnisse von **Drittmittel- und Auftragsforschung** an Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Open Access sowie zur Beteiligung an den Overheadkosten,
- Umwandlung der Exzellenzstrategie in einen **Pakt für Gute Arbeit in der Wissenschaft**, der eine Entfristungsoffensive an den Hochschulen auslöst,
- Weiterentwicklung der **Qualitätsoffensive Lehrerbildung** zu einem allgemeinen Förderprogramm, das in der Fläche für mehr Studienplätze, bessere Betreuungsrelationen und die Reform der Curricula sorgt
- Wiedereinführung der **Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau**, um den auf mindestens 50 Milliarden Euro angewachsenen Sanierungsstau aufzulösen.

Hinweis: Die bildungsbereichsübergreifenden Forderungen der GEW zur Bundestagswahl 2021 von der Kita bis zur Weiterbildung werden in der Juni-Ausgabe der E&W veröffentlicht.